

Von der Leyen will noch mehr Waffen - der Irrsinn geht weiter



"Wir müssen wirklich massiv aufrüsten. Und wir müssen uns auf das Schlimmste vorbereiten." – Derart dramatisch mahnte EU-Präsidentin Ursula von der Leyen nun in London zu einem neuen Wettrüsten. Es wird uns Steuerzahlern hunderte Milliarden kosten – Friedensgespräche wären günstiger, die Zukunft unserer Kinder damit besser.

Vor dem Lancaster House im Zentrum Londons sagte die EU-Kommissionspräsidentin Sätze, die uns alle alarmieren sollten: Nicht wie die US-Regierung, nicht wie der Kreml, nicht wie Londons Premier oder Frankreichs Präsident will Ursula von der Leyen rasche Friedensgespräche für die Ukraine, sondern – weitere Milliarden-Investitionen in die europäischen Armeen, ein neues Aufrüsten.

Zitat: "Wir müssen wirklich massiv aufrüsten. Es ist jetzt von größter Bedeutung, die Verteidigungsinvestitionen über einen längeren Zeitraum zu erhöhen. Es geht um die Sicherheit der Europäischen Union. Und wir müssen uns auf das Schlimmste vorbereiten."

Von der Leyen spielt mit der Angst der Mitteleuropäer vor einer gewaltigen russischen Invasion – so wie das die Führung in Kiew schon seit 2022 spielt.

Doch diese Angstmache ist widerlich und entbehrt jeder vernünftigen Grundlage: Frankreich hat 500 Nuklear-Sprengköpfe in seinen Arsenalen, die Briten 200 – jede russische Großstadt könnte mehrmals ausgelöscht werden, falls eine einzige Brigade des Kremls wagen würde, in ein EU-Land einzufallen. Mehr Drohung als komplette Auslöschung geht nicht.

Wladimir Putin und Sergej Lawrow wissen, dass jede militärische Aktion gegen ein EU- oder NATO-Land das Risiko eines III., eines letzten Weltkriegs mit sich bringen würde.

Ob jetzt weitere 1000 Kampfpanzer in Deutschland herumstehen oder milliardenteure Raketenschilder bestellt werden – das ist dem Kreml herzlich egal. Die atomare Abschreckung, die schon seit Jahrzehnten besteht, garantiert die Sicherheit der EU.

Die Milliarden von uns Steuerzahlern, die zuerst in Grippeschutzmasken und in schlechte Impfstoffe, dann gleich in einem hysterischen Klimakult vergeudet worden sind, sollen nun die Rüstungskonzerne noch fetter machen.

Für den einen oder anderen Politiker existiert vermutlich eine gewisse Motivation, dabei mitzuhelfen.

Parmenion

PS: Russland hat sich ab 1989 aus Osteuropa zurückgezogen, das ist ein historisches Faktum. Es folgte ein Vierteljahrhundert des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Österreich profitierte ganz besonders davon.